

FA 22

SPD SOZIALE
POLITIK FÜR
DICH. 

Dezember 2022

Fraktion aktuell

WOHNEN

MUSS IN DER STADT BEZAHLBAR SEIN



**ES GEHT UM
WIESBADEN.**



**AUF EIN GUTES JAHR
2023**



Liebe Leserinnen und Leser!

➤ Das Jahr nähert sich mit schnellen Schritten seinem Ende. Der politische Betrieb ist mit der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Ruhe gekommen – Zeit also, auch einen kurzen Blick auf das Jahr 2022 zu werfen.

Die neue Mehrheit für das Wiesbadener Rathaus aus SPD, Bündnis90/Die Grünen, Volt und die Linke hat gute Arbeit geleistet, wichtige Themen wie Wohnen, Verkehrsfragen oder das Thema Wirtschafts- und Verwaltungsstandort Wiesbaden wurden vorangetrieben. Zentrale Herausforderung bleibt die angespannte Lage bei ESWE Verkehr. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass neben der Verwaltung auch der Busverkehr in ihrer Stadt schlicht funktioniert. ESWE Verkehr ist als Mobilitätsdienstleister für viele viele Menschen in Wiesbaden unverzichtbar.

Wir hoffen, durch tarifvertragliche Anpassungen mehr Anreize als Arbeitgeberin setzen zu können und das Betriebsklima wieder zu verbessern. Hieran gilt es im neuen Jahr 2023 weiter zu arbeiten – aber es wird Zeit brauchen.

➤ Erneut zeigte sich in 2022, dass sich die Kommune nicht von der Welt entkoppeln kann. So gut es uns in Wiesbaden, trotz aller lokalen Herausforderungen, gehen mag, Klimawandel, Weltwirtschaftskrise, Energiekrise und nicht zuletzt der Krieg in der Ukraine betreffen auch Wiesbaden – direkt und unmittelbar.

Die Flüchtlingsunterbringung gelingt uns in Wiesbaden sehr gut – hier haben wir die Organisation auch selbst in der Hand und die Bevölkerung hat eine Flut an Hilfsbereitschaft organisiert. Vielen Dank für Ihr Engagement auch an dieser Stelle! Die massiven Belastungen für Bürgerinnen und Bürger durch die Energiepreissteigerungen hingegen können wir nicht steuern. Wir sind dankbar, dass die Bundesregierung einige Entlastungspakete auf den Weg gebracht hat, die unmittelbar und vor Ort wirken – auch wenn die zähen Debatten und die technische Organisation dabei durchaus Raum für Verbesserung lassen. Für Wiesbaden prüfen wir derzeit einen Härtefallfonds sowie strengere Regeln für Strom-, Gas- und Wassersperren. Hier gilt es, sensible Lösungen zu finden, damit Menschen weiterhin durch eine Grundversorgung gesichert sind, selbst wenn die Finanzen in eine Schieflage geraten.

Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten, einen guten Rutsch in das neue Jahr und uns allen mehr noch als sonst Frieden in Welt.

DR. HENDRIK SCHMEHL

Fraktionsvorsitzender





**DIE SCHAFFUNG VON
BEZAHLBAREM WOHNRAUM
IST DIE SOZIALE AUFGABE
UNSERER ZEIT.**

01

UMWANDLUNG VON MIET- IN EIGENTUMSWOHNUNGEN BEGRENZEN

NEUE RECHTSLAGE BIRGT CHANCEN >>

Bezahlbarer Wohnraum geht oft verloren, wenn Häuser mit Mietwohnungen verkauft werden und das Eigentum dabei auf viele einzelne neue Eigentümer aufgespalten wird. Die teils langjährigen Mieterinnen und Mieter sehen sich dann umfassenden Sanierungsarbeiten und steigenden Mieten gegenüber. Oder es erfolgt die Kündigung wegen Eigenbedarf. Auch so kann man die angestammte Bevölkerung in Wohngebieten verdrängen. Bisweilen trifft es dabei auch traditionsreiche Gastronomie.

Mit einer sogenannten Milieuschutz oder Erhaltungssatzung kann man dem entgegenwirken, weil die Aufteilung des Eigentums zuvor von der Stadt genehmigt werden muss. Leider hat die Prüfung zur Einführung einer solchen Satzung in Wiesbaden ergeben, dass diese nicht rechtssicher umzusetzen ist.

Es gibt aber einen anderen Weg, dieses Ziel zu erreichen, nämlich das Baulandmobilisierungsgesetz. Damit steht seit dem Sommer 2022 stadtweit und nicht nur in einzelnen Vierteln das Aufspalten von Wohneigentum unter Genehmigungsvorbehalt der Stadtverwaltung. Und das als sogenannte Pflichtaufgabe durch Bundesgesetz. Wir als SPD-Rathaus-

fraktion sehen hierin einen wichtigen Baustein in der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum für alle Wiesbadener*innen. Diese Aufgabe ist DIE soziale Frage unserer Zeit. Und die neue Regelung ist ein weiteres, kleines Rädchen, das es zu drehen gilt. Selbstverständlich muss diese gesetzliche Regelung auch mit Leben gefüllt werden. Deshalb stellen wir der Verwaltung eine weitere Planstelle zur Verfügung, um die notwendige Mehrarbeit auch zeitnah erledigen zu können. Sollte das nicht ausreichen, werden wir zu gegebener Zeit nachsteuern.

Einen Wermutstropfen gibt es allerdings: Die hessische Landesregierung setzte die Grenze für das Greifen der Regelung bei fünf Wohnungen an, laut Gesetz hätte die Regelung aber bereits für Häuser mit höchstens drei Wohnungen gelten können. Warum hier nicht die gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, erscheint uns unklar. Denn der Handlungsdruck in der Rhein-Main-Region ist doch mehr als deutlich.



NADINE RUF
SOZIALPOLITISCHE SPRECHERIN



HIER GEHT ES ZUM ANTRAG
MIT NUR EINEM KLICK

Ob im Westend oder Rheingauviertel: Viele Wohnungen werden nach Verkauf für Mieterinnen und Mieter teurer.



SUSANNE HOFFMANN-FESSNER,
SICHERHEITSPOLITISCHE SPRECHERIN



02

VIDEOÜBERWACHUNG:

EIN BAUSTEIN ZUR SICHERHEIT, ABER KEIN ALLHEILMITTEL!

Vor zwei Jahren wurde die Videoüberwachung in Wiesbaden technisch erneuert und ausgeweitet. Diese Entscheidung haben wir als SPD mitgetragen, weil dies die Sicherheitslage an Standorten wie dem Platz der deutschen Einheit notwendig gemacht hat. Tatsächlich konnten die Kameras einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung von Verbrechen leisten, darunter auch Körperverletzungen und Sexualstraftaten.

Aus dieser Erfahrung heraus forderte die CDU in der letzten Stadtverordnetenversammlung nun eine deutliche Ausweitung der Überwachung. Es gebe eine Vielzahl an Angsträumen in der Stadt. Der Magistrat solle daher zukünftig einmal pro Jahr neue Standorte prüfen und die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden.

Als SPD haben wir einen deutlich differenzierteren Blick auf die Videoüberwachungsanlagen, ist doch jede Kamera und jede Nutzung einer solchen ein Eingriff in die Freiheitsrechte aller Bürgerinnen und Bürger. Nicht umsonst legt auch der Landesgesetzgeber im HSOG einen engen Maßstab an die Einrichtung und den Betrieb von Videoüberwachungsanlagen. So muss das HSOG wie jedes Gesetz, das die innere Sicherheit betrifft, die Balance wahren zwischen den berechtigten Sicherheitsinteressen einerseits und den grundgesetzlichen

Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger andererseits. Allein der Umstand, dass Menschen sich an einem Platz oder eine Straße unsicher fühlen, ist kein hinreichender Grund für eine Videoüberwachung.

Der Gesetzgeber ist dabei so strikt, das nach §14 Absatz 3 HSOG fest installierte Anlagen alle zwei Jahre daraufhin zu prüfen sind, ob die Voraussetzungen für ihren Betrieb weiterhin vorliegen. Und es bedeutet nicht, dass munter jährlich zu schauen ist, wo sonst noch Anlagen errichten werden könnten, sondern es ist alle zwei Jahre zu prüfen, ob die vorhandenen Kameras überhaupt Bestand haben dürfen! Weiterhin ist die Frage zu stellen, welcher Nutzen durch Videoüberwachung zu erzielen ist. Es gibt positive Effekte bei der Aufklärung von Straftaten. Natürlich sind Beschuldigtenermittlungen einfacher, wenn Videoaufnahmen existieren. Und auch in Wissenschaftskreisen wird ein „gewisser Effekt“ von Videoüberwachung bei der Ermittlung von Straftaten gesehen, allerdings seien Experten sich auch einig, so der Polizeiforscher Rafael Behr von der Hamburger Akademie der Polizei, dass der präventive Effekt von Videoüberwachung stark überbewertet sei. Dem schließt sich dann auch der Hessische Städtetag an, wenn er erklärt, dass die Kameras die Kriminalität unter Umständen nicht

verhindern, sondern nur verlagern.

Auch der Richterbund Hessen mahnt, bei einer Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum besonders das Persönlichkeitsrecht von Passanten sorgfältig zu prüfen und abzuwägen, wo die Technik zum Einsatz kommen kann. Und diese Auffassung teilen wir und stehen deshalb der Forderung nach einer Ausweitung der Videoüberwachung kritisch gegenüber, sind doch die Persönlichkeits- und Freiheitsrechte aller -auch zufällig- Überwachten zu wahren. Deshalb ist für die SPD-Stadtverordnetenfraktion klar: Die Überwachung der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener kann nur an besonders neuralgischen Punkten und mit enger Einbindung von Betroffenen Einrichtungen oder Nachbarinnen und Nachbarn erfolgen. Sollten weitere Standorte diese Voraussetzung erfüllen, dann werden wir auch neue Standorte prüfen. Aus unserer Sicht jedoch ist die Videoüberwachung – anders als für die CDU – kein Allheilmittel. Es braucht an den neuralgischen Punkten mehr Straßensozialarbeit, bessere Beleuchtungskonzepte gegen dunkle Ecken und vor allem mehr Personal auf der Straße. Und zwar die Landespolizei und nicht allein die Stadtpolizei – denn diese ist für die öffentliche Sicherheit zuvorderst zuständig.



HIER GEHT ES ZUM ANTRAG
MIT NUR EINEM KLICK



03

Sie sind nervig, verursachen Staus, aber eben notwendig: Zahlreiche Baustellen finden sich in Wiesbaden. Eine bessere Koordinierung und Beschilderung sollen Abhilfe schaffen.

WISSEN, WARUM GEBAUT WIRD

Wasserrohrbrüche, Glasfaser, Fernwärme, Schlaglöcher: gebaut wird immer. In Wiesbaden strotzt es wie in vielen anderen Städten vor Baustellen - umso ärgerlicher sind sie in einer ohnehin angespannten Verkehrssituation dem Verkehr weiter zusetzen und - objektiv oder subjektiv - nur langsam voran gehen.

Wer kennt es nicht: Baustelle, Umleitung, Stau und blankliegende Nerven. Gerade wenn eine Straße mehrmals hintereinander „unter das Messer“ gerät, fragen sich viele: Wer plant so etwas?

Nicht selten fehlen den Anwohnerinnen und Anwohnern, aber vor allem auch alle, die sich im Verkehr befinden – kurz: den Betroffenen – aber grundlegende Informationen: Was wird überhaupt gebaut? Wie lang wird es voraussichtlich dauern und wer ist überhaupt verantwortlich?

Dem schaffen wir nun Abhilfe: Mit einem Antrag im Mobilitätsausschuss wird der Magistrat beauftragt, künftig an Baustellen der Stadt, der Eigenbetriebe und der städtischen Gesellschaften eine verpflichtende Informationstafel anzubringen, aus der die oben genannten Informationen hervorgehen. Die dazu

entwickelte Vorlage soll auch privaten Bauträgern zur Verfügung gestellt werden.

Grundsätzlich spiegeln Baustellen dennoch wider, dass in die Infrastruktur investiert wird. Und das ist erstmal gut. Denn was passiert, wenn wir nicht investieren, sehen wir an den vielen tausend Brücken, maroden Straßen und öffentlichen Gebäuden, die in keinem guten Zustand sind und dringend eine Frischzellenkur benötigen.

Mit dem nun beschlossenen Antrag erhoffen wir uns mehr Akzeptanz für Baustellen, vor allem stillen wir das Bedürfnis nach Information.



HIER GEHT ES ZUM ANTRAG
MIT NUR EINEM KLICK



**WIR STILLEN DAS
BEDÜRFNIS NACH
INFORMATION.**



SILAS GOTTWALD
MOBILITÄTSPOLITISCHER SPRECHER

REINIGUNG WIESBADENER SCHULEN

Reinigungskräfte sind in Schulen besonders gefordert. Die Covid-19-Pandemie hat dazu geführt, dass Hygiene einen ganz neuen Stellenwert bekommen hat. Mit der täglichen Unterhaltsreinigung sorgen Reinigungskräfte nicht nur für die Einhaltung der hygienischen Standards, sondern auch für den nötigen Infektions- und Gesundheitsschutz. Wir sehen, dass die Schulreinigung eine besondere Herausforderung darstellt. Gesetzliche Anforderungen, wie das Infektionsschutzgesetz und die DIN 77400, müssen eingehalten werden. Seit Jahrzehnten wird die Reinigung städtischer Gebäude, darunter auch die Wiesbadener Schulen, zum allergrößten Teil an Fremdfirmen vergeben. Nur noch einige wenige Schulen werden von städtischem Personal gereinigt. Mit Blick auf Lohn- und Arbeitsbedingungen, aber auch feste Ansprechpartner für das Lehrpersonal und die Schülerschaft, wäre mehr städtisches Personal sicher wünschenswert. Dem stehen deutlich höhere Kosten und Stellenbedarfe entgegen. Gerade letzteres sieht die Kommunalaufsicht im Rahmen der Haushaltsaufstellung sehr kritisch.

Mit einem Antrag der Kooperationspartner im Schulausschuss wurde der Magistrat beauftragt, auf Grundlage geeigneter Parameter und über einen längeren Zeitraum hinweg, die Qualität und Kosten der Reinigungsleistung an Schulen mit eigenem städtischen Reinigungspersonal und Fremdpersonal zu vergleichen, um auf dieser Grundlage über eine mögliche Neuausrichtung der kommunalen Gebäudereinigung entscheiden zu können. Diese Debatte wird auch in anderen Städten gerade geführt. An oberster Stelle muss dabei - auch und gerade nach den Erfahrungen der Covid-19-Pandemie - die Qualität der Reinigung stehen. Egal wie der Vergleich ausgeht, wir sind sehr gespannt auf die Ergebnisse. Unabhängig davon können wir uns auch vorstellen, dass bestimmte Bereiche wie etwa die Toilettenanlagen ein höheres Reinigungsintervall vertragen könnten.



THOMAS SCHWARZE
SCHULPOLITISCHER SPRECHER

04



WAS SONST NOCH BESCHLOSSEN WURDE

Nicht alles, was in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird, steht auch in der Zeitung. Dennoch ist jedes Projekt wichtig und zeigt, dass etwas in der Stadt vorangeht.

Wir haben Dir einige Projekte auf den Tagesordnungen II rausgesucht, die wir erwähnenswert finden. Mit einem **Klick auf das Bild**, wirst du direkt zur Vorlage in **PIWi**, dem **Politischen Informationssystem Wiesbaden**, weitergeleitet.



Sanierung Altes Rathaus



Verwendung der Mittel aus dem städtischen Klimabudget



Aktualisierung des Bedarfs- und Entwicklungsplans inklusive Organisationsüberprüfung der Feuerwehr Wiesbaden



Freigabe der Mittel Handlungsprogramm Jugend 2023



Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90



Instandhaltungs- und Investitionszuschüsse für Sportvereine 2022-2



Kita-Einstieg – „Brücken bauen in frühe Bildung“



Überarbeitung der Hundesteuersatzung



Neufassung Kulturpreis



Zuschüsse für Wiesbadener Sportvereine für langlebige Sportgeräte 2022, Teil 2



Bebauungsplan „Künstlerviertel – 1. Änderung“



Bebauungsplan „Freizeitbad - Sportpark Rheinhöhe“ im Ortsbezirk Biebrich



NÄCHSTE STADTVERORDNETEN-VERSAMMLUNG AM 09.02.2023

Impressum

SPD-Stadtverordnetenfraktion

V.i.S.d.P: Dr. Hendrik Schmehl

Gestaltung: Alexander Hofmann

Portraitfotos: ©Angelika Aschenbach

Schlossplatz 6

65183 Wiesbaden

 www.spd-wiesbaden.de

 www.facebook.com/spdwiesbaden

 www.instagram.com/spd_wiesbaden

SPD **FRAKTION
IM RATHAUS
WIESBADEN** 